

Die Bundesregierung muss sich in Afghanistan vom Krieg der USA abnabeln

Von Otmar Steinbicker, Aachener Nachrichten, 05.07.2008

Seit dem 1. Juli ist die erste deutsche Kampftruppe in Afghanistan im Einsatz. Im Herbst soll die Zahl der deutschen Soldaten um mindestens weitere 1000 aufgestockt und möglicherweise auch noch AWACS-Aufklärungsflugzeuge nach Afghanistan abkommandiert werden. Die weitere Eskalation scheint kaum noch aufzuhalten zu sein. Deutschland versinkt nach sieben Jahren militärischen Afghanistan-Engagements in einem Sumpf des Krieges, der schon jetzt monatlich mehr ausländischen Soldaten das Leben kostet als der Irak-Krieg. Wann auch deutsche Soldaten in höherem Maße Blutzoll zahlen müssen, scheint nur noch eine Frage der Zeit. Immer deutlicher wird: Das Ziel, Frieden und Demokratie in Afghanistan mit Waffengewalt erzwingen zu wollen, war unrealistisch. Geändert wird die Zielstellung aber dennoch nicht.

Dabei gibt es eine ernsthafte Alternative. Seit Monaten signalisieren alle afghanischen Konfliktparteien, dass es Frieden nur dann geben kann, wenn die Afghanen eine Verhandlungslösung finden. Am 9. Mai haben sich in Kabul 3000 Stammesvertreter, Intel-

lektuelle und Politiker aus allen Teilen Afghanistans zur „Nationalen Friedens-Jirga“ und damit zu einer starken Friedensbewegung zusammengeschlossen. Sie repräsentiert die breite, kriegsmüde Bevölkerungsmehrheit vor allem aus dem Süden und Osten Afghanistans, die sich dringend nach Frieden und nach einem Abzug der ausländischen Soldaten sehnt, die längst nicht mehr als Befreier, sondern immer stärker als Besatzungsmacht empfunden werden.

Ihre Botschaft lautet: Afghanistan ist noch nicht verloren. Der Krieg ist auf dem Schlachtfeld nicht zu gewinnen und nur ein Dialog kann Schlimmeres verhindern. Es gibt Menschen die bereit sind zu helfen, damit der Friedensprozess in die Gänge kommt und Afghanistan in eine friedliche Zukunft blicken kann. Sie bitten die europäischen Regierungen und insbesondere die Bundesregierung um Hilfe. Deutschland genießt in Afghanistan wie kein anderes Land in Europa ein historisch gewachsenes hohes Ansehen, das auch die derzeitigen Konfliktparteien respektieren. Da die Taliban Gespräche mit der afghanischen-

Regierung und den Amerikanern ablehnen, könnte die Bundesregierung eventuell gemeinsam mit anderen europäischen

Regierungen in Gesprächen mit der Opposition und der afghanischen Regierung eine neue Tür für Verhandlungen öffnen. Repräsentanten der „Nationalen Friedens-Jirga“ führten darüber bereits im Mai ein konstruktives Gespräch mit dem deutschen Botschafter Hans-Ulrich Seidt.

Seitdem liegt der Ball im deutschen Feld. Für die Bundesregierung eröffnet sich eine einzigartige Chance, sich für Frieden in Afghanistan zu engagieren und das Leben afghanischer Zivilisten und deutscher Soldaten zu schonen. Aber dieser Weg erfordert eine deutliche Konsequenz: Die Bundesregierung muss sich – wie 2003 durch den Verzicht auf ein direktes militärisches Engagement im Irak – abnabeln vom Krieg der USA. Nur so kann sie die Rolle des ehrlichen Maklers zum Wohle Afghanistans und Deutschlands spielen.